

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Januar 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 5

### Albert Faber †

In den frühen Morgenstunden des 9. Januar verschied nach längerem Kranksein Kollege Albert Faber in Berlin, der stellvertretende Gehilfen-Vorsitzende im Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Schmerzzerfüllt steht die deutsche Kollegenschaft an der Bahre dieses Mannes, der sein Wissen und Können, seinen Fleiß und seine Arbeitskraft an hervorragender Stelle jederzeit in den Dienst unsrer Sache gestellt hat. Mit nüchternem, prüfendem Sinn trat er den Vordängen in Beruf und Leben gegenüber, gerade und verantwortungsbewußt ging er seinen Weg, unter Vermeidung jeder Schroffheit. Seit 1901 gehörte Kollege Faber dem Tarifamt an, nachdem er sich vorher in verschiedenen andern Vertrauensämtern der Berliner Kollegenschaft als getreuer Berater und Führer erwiesen hatte. In der bewegten Zeit des Neunstundenkampfes und in den beiden darauffolgenden schweren Jahren leitete der Dahingegangene als Gauvorsitzer die Geschicke unsres größten Gauvereins. Das besagt wahrlich genug. Von 1891 bis 1918 fehlte Kollege Faber, dem ein sympathisches Wesen eigen war und dem man sich gern zugehörte, wohl auf keiner Generalversammlung des Verbandes.

Nun hat ein unabänderliches Schicksal, das jetzt so viele abrufft in sein Schattenreich, auch unsern Albert Faber zur ewigen Ruhe gezwungen. Ein ehrendes Gedächtnis über Grab und Zeit hinaus bleibt ihm gesichert!

### Des deutschen Volkes Wahltag und Zahltag

Das kulturwidrige System des autokratischen Militärstaats wurde im alten Jahre mit elementarer Gewalt aus seinem Lebenspalast hinausgedrängt, und damit brach zugleich die Herrschaft des Junkertums und des Großkapitalismus zusammen. Im neuen Jahre gilt es nun, in heißem Vollbringen das angefangene Werk einem guten Ende zuzuführen, einem Resultat, das jeden wahrhaft frei Gemühten innerlich befriedigt. Nur wenige Tage noch trennen uns von den Wahlen zur Nationalversammlung. Von ihrem Ausfall wird für den Abschluß des Friedens und die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln ebenso viel abhängen wie für die Erhaltung der sozialen Ertragsverhältnisse der Revolution und die Befundung des politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Die am 19. Januar zu wählende Nationalversammlung ist an keine bestimmte Amtsdauer gebunden. Ihre Berufung erfolgt in erster Linie, um

die neue Verfassung des Reiches festzusetzen, die republikanischen Einrichtungen zu verankern, der Reichsregierung parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen und damit Vollmacht zum Friedensschluß zu geben. Weiter gehört die Gestaltung des Wahlrechts, auf Grund dessen später das endgültige Parlament zu wählen ist, zu den Obliegenheiten der Nationalversammlung. Alle Personen, die bis zum Wahltag 20 Jahre alt werden und in der Wählerliste eingetragen sind, können das Wahlrecht ausüben. Soldaten, die erst nach dem 7. Januar aus dem Felde heimgekehrt sind und einen diesbezüglichen Nachweis von ihrem Truppenteil beibringen, sind ebenfalls wahlberechtigt, wenn ihre Namen auch nicht in der Wählerliste stehen. Insgesamt wird die Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Deutschland auf 40 Millionen berechnet, während bei der letzten Reichstagswahl nur rund 14 Millionen gezählt wurden. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht, auch Proportionalwahlrecht genannt. Die Verhältniswahl ist bestimmt, auch die Minderheiten entsprechend an dem Mandatsbestell und damit an der Verantwortlichkeit für den Staat zu beteiligen. Sie tritt hauptsächlich in die Erscheinung erst bei Auszählung der Stimmen im Bureau des Wahlkommissars. Die Mandate werden nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Listen verteilt. Das geschieht nach einem schon vom letzten Reichstage für die Verhältniswahl in großen Wahlbezirken angenommenen Berechnungsmodus, dem der Belgier d'Hondt den Namen gegeben hat. Die auf die einzelnen Listen gefallenen Stimmen werden nacheinander durch 1, 2, 3 usw. so oft geteilt (dividiert), als Abgeordnete zu wählen sind. Die bei jeder Teilung erzielte Höchstzahl wird ausgehoben und mit einem Abgeordneten bedacht.

Alle Gesellschaftsschichten ziehen die bevorstehenden Wahlen in ihren Bann. Jede Parteirichtung wirbt um die Gunst der Wähler und sucht in Wort und Schrift ihre Kandidaten ins beste Licht zu rücken. Immer höher steigen die Wogen der Erregung, und niemals pulsierte das politische Leben in Deutschland lebhafter als in diesen Januartagen. Niemals ist allerdings auch die Forderung nach größerem demokratischen Recht in schlimmeren Gegensatz getreten zu der Art, wie die Demokratie von einer kleinen, aber gewalttätigen Minderheit unsres Volkes ausgeübt wird. Die jüngsten Vorgänge in Berlin schreien zum Himmel! Das Volk ist kaum noch Herr seiner Geschicke, man will es scheinend mit Gewalt daran verhindern, am 19. Januar in freier Abstimmung über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Dennoch darf die übergroße Mehrzahl unsres Volkes sich am Wahltag nicht abhalten lassen, durch den Stimmzettel dafür zu sorgen, daß politische Ruhe und wirtschaftliche Sicherheit im öffentlichen Leben einkehren. So wie bisher kann und darf es ja nicht weitergehen, wollen wir verhindern, daß wir als Volk und Staat unsern sicheren Ruin entgegengeben.

Das jetzige Drunter und Drüber in Berlin hat den bekannten alten Gassenhauer „Du bist verrückt, mein Kind usw.“ wieder aktuell werden lassen. Mit der planmäßigen Besetzung sämtlicher Berliner Zeitungen durch Spartakisten und einer rücksichtslosen Niederknüppelung der Pressefreiheit begann der Putsch, der als Signal zum Ausbruch des Bürgerkriegs

aufzufassen ist. Was der schwärzesten Reaktion früher nur teilweise glückte, das gelang den politischen Ultraradikalen in Berlin und anderswo mehr oder weniger: sie raubten dem Volke die Freiheit der Presse! An dieser betrübenden Tatsache darf kein aufrichtiger Kämpfer für die Arbeiterfrage, dürfen am allerwenigsten wir Buchdrucker vorübergehen, ohne nicht flammenden Protest zu erheben gegen eine derartige Gewalt- und Schandwirtschaft! Wir tun dies, indem wir — wie vor einem Jahre die Buchdrucker Ruplands — allen Arbeitern und der gesamten Demokratie zurufen: Alle Gewalttaten gegen die Pressefreiheit sind eine Vergewaltigung gegen die Arbeiterklasse selbst! Nur das freie, durch Gutensbergs Kunst befähigte Wort vermag die wirkliche Lage aufzuklären, fruchtbringende Gedanken bis in die entlegenste Stätte zu tragen, damit dem Volke der rechte Weg erkennbar wird. Die Wirkung des gedruckten Wortes muß sich in diesen aufgeregten, die schlimmsten Leidenschaften entfesselnden Zeiten schärfer erweisen als die Waffe des Grenadiers. Die Freiheit der Presse darf in einem demokratischen Staatswesen unter keinen Umständen angefaßt werden. Gerade hier muß es sich zeigen, daß die Herrschaft des Geldes ein Letztes ist im Gegensatz zur Herrschaft des Kapitals. Die Wahrung des Prinzips der vollen Pressefreiheit kann unmöglich davon abhängig gemacht werden, ob von dieser Freiheit in jedem Fall auch wirklich zweckentsprechender Gebrauch gemacht wurde oder nicht. Es liegen hier die Dinge ähnlich wie bei der richtigen und falschen Anwendung des demokratischen Rechts. Für uns Buchdrucker haben die in einer Reihe von Städten vorgekommenen Vergewaltigungen der geistigen Leitung der Zeitungen, darunter des Zentralorgans der maßgebenden politischen Arbeiterpartei, aber noch eine sehr reale Bedeutung insofern, als durch die Gewalt der Bajonette und infolge brutaler Zerstörung der Arbeitsmittel zahlreiche Kollegen ihrer Existenz und der persönlichen Sicherheit für ihr Leben beraubt werden. Auch um deswillen ist es notwendig, daß wir uns wehren gegen die Anebelung des freien Wortes der Presse und am Wahltag nur solchen Volksvertretern unsere Stimme geben, denen das Wohl des Volkes höher steht als der Wille von Draufgängern, die erst durch die Revolution an die Oberfläche gespült wurden. Darunter ist so mancher, der sich früher um Gewerkschaft und Partei den Teufel scherte.

Noch auf eine andre vielumstrittene Frage, die uns als Gewerkschafter nahe berührt, sei hier eingegangen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder die Sozialisierung. Läßt schon in normalen Zeiten die Prüfung der wirklichen Machtverhältnisse und die Unterscheidung zwischen Erreichbarem und Unerreichbarem zu wünschen übrig, so noch bei weitem mehr in den gegenwärtigen Zeitläuften. Niemand kann es bestreiten, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, er bildet nach dem Zeitalter des Kapitalismus das unaufhaltbar zum Leben durchbringende Prinzip der menschlichen Gesellschaft, dem immer neue Konzessionen gemacht werden müssen. Dieser Erkenntnis hat sich selbst ein Bismarck nicht verschließen können, von dem das Wort stammt: „Der Staat wird sozialistisch sein, oder er wird überhaupt aufhören zu sein“. In der Verkündung des freien Wahlrechts im Jahre 1867

gelange diese Erkenntnis zum praktischen Ausdruck. Das seit dieser Zeit zu verzeichnende Anwachsen der deutschen Arbeiterbewegung, deren Keim Lassalle gelegt hatte, war ein Zeichen dafür, daß der Gedanke des Sozialismus markierte. Unablässig ist seitdem von der organisierten Arbeiterschaft, zuerst von den Buchdruckern und Tabakarbeitern, im Sinne des Sozialismus praktische Arbeit geleistet worden. Sie hatten erkannt, daß der Ertrag der gemeinsamen Arbeit auch der Gemeinschaft zugute kommen muß. Die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die Lassalle in weiser Voraussicht der nötigen Entwicklung zur Sozialisierung als Übergangsform vorschlug, fand verständnisvolle Durchführung. Die Regelung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Sinne der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbau der Genossenschaftsbewegung und die Durchsetzung der Sozialgesetzgebung waren weitere bedeutungsvolle Etappen auf dem Wege zur Sozialisierung.

Gegenüber solchen Kollegen, die angesichts der Errungenschaften der Revolution die von den Gewerkschaften in langen Jahren geleistete praktische Sozialisierungsarbeit mit einer verächtlichen Handbewegung glauben abtun zu können, ist es nützlich, auf jene unter den schwierigsten Verhältnissen geleistete gewerkschaftliche Arbeit einmal hinzuweisen. Es ist ein solcher Hinweis aber auch deshalb angebracht, daß man erkennt, wie alles eine Entwicklung nötig hat, auch die Sozialisierung. Die Umwandlung des kapitalistischen Gesellschaftsstaates zu einem volkskümlichen Arbeitsstaate bedarf sorgfamer Vorbereitungen in einem organischen Prozeß. Plumpere Eingriffe in das Wirtschaftssystem vermögen die Umgestaltung des Wirtschaftslebens nicht herbeizuführen, am allerwenigsten jetzt, wo alles daniederliegt. Die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel ist auch nicht so zu verstehen, daß alles bis zum letzten Hammerstiel erfährt wird. Es sind vielmehr technische, politische und psychologische Gesichtspunkte dabei in Betracht zu ziehen. Nicht jeder Betrieb ist reif zur Sozialisierung, am allerwenigsten solche, die Mangel an Betriebskapital und Rohstoffen leiden. Nur dort, wo aus der Sozialisierung ein wirklicher, sichtbarer Nutzen für die Allgemeinheit herauspringt, verlohnt sich das Experiment. Anknüpfungspunkte für die Sozialisierung sind in der Regel dort vorhanden, wo der private Unternehmer bereits bis in einem bestimmten Grade ausgefaßt ist infolge der Zusammenlegung von Kapitalien, d. h. in den Formen der Aktiengesellschaft, der Syndikate, Kartelle und Trusts. In dieser höchsten Konzentration des Kapitalismus sind neben äußerlichen auch die inneren Voraussetzungen für eine Sozialisierung gegeben. Mächtige, verstandesgemäße Prüfung aller Umstände bleibt trotzdem die Hauptsache. Eduard Bernstein, eines der hervorragendsten Mitglieder der staatlichen Sozialisationskommission, warnte kürzlich in einem Vortrag über „Revolution und Sozialisierung“ vor einem allzu ungefümen Vorwärtsdrängen auf diesem Gebiete, indem er ausführte:

Die Sozialisierung darf nicht blind und wild, sondern muß kollektell angewandt werden. Es läßt sich nicht an einem Tag einfach durch Dekret sozialisieren; soll die Sozialisierung wirklich dem Allgemeinwohl zugute kommen, so gebraucht man dazu Zeit. Würden wir an einem Tag alles umhampeln, so würde die Arbeiterschaft am meisten darunter leiden. Der leitende Gesichtspunkt kann nur sein, mit weniger Straft und weniger Risiko höhere Werte zu schaffen. Die Sozialisierung ist nicht an die Form der Enteignung gebunden; man kann auch durch Arbeiterschutz, Tarifverträge, Preisfestsetzung usw. sozialisieren. Die Arbeiterschaft muß Verdenkstmöglichkeit behalten. Söforliche allgemeine Vergesellschaftung würde Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Wirtschaftslebens bedeuten. Ohne Profit raucht kein Schornstein. Neben mir dem Fabrikanten die Sicherheit und die Bereitwilligkeit, Neuerungen einzuführen, dann gehen wir rückwärts und eines schönen Tages stoßt die ganze Produktion. So war es in Rußland, wo das größte Elend herrschte und die Städte sich entvölkerten. Ein politisches System kann man wohl an einem Tage zerstören, aber nicht einen wirtschaftlichen Organismus zerplücken. Nicht aus dem Chaos kann die Sozialisierung kommen, nicht aus einem Trümmerhaufen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. In Rußland wird die kapitalistische Republik das Ende der überstürzten Sozialisierungsversuche sein. Darum wollen wir daran festhalten: Organisch — nicht mechanisch! Systematisch — nicht schematisch!

Diese Mahnung zu überlegen, geordnetem Vorgehen auf dem Wege der Sozialisierung verdient beherzigt zu werden, namentlich in den Gewerkschaften. Trotz ihrer vorübergehenden Ausschaltung und der maßlosen Hebe gegen ihre Führer wird von den Gewerkschaften in Zukunft ja doch das Beste zur Sicherung und Befestigung der Revolutionserfolge getan werden müssen, denn Bedeutendes wird nicht in und aus dem Kause geboren, sondern aus Klarheit, Besonnenheit und Willenskraft. Insbesondere werden die Gewerkschaften dafür sorgen müssen, daß an Stelle der privatwirtschaftlichen Aufstellung im Wirtschaftsleben die volkswirtschaftliche Betrachtungsweise tritt. In der Bewertung von Menschen und Sachen muß eine gründliche Wandlung eintreten. Höher als eine Maschine oder ein sonstiges Arbeitsmittel verdient der Mensch bewertet zu werden; er ist das wertvollste Gut, das durch ausreichende Entlohnung und gezielte Schutzmaßnahmen vor vorzeitigem Verbruche bewahrt werden muß.

Johann Gottlieb Fichte, der Größen einer in der Geschichte, der als Sohn eines armen Webers aus dem „niederen Volke“ hervorgegangen ist, hat in einer ebenso schweren und traurigen Zeit wie der gegenwärtigen dem deutschen Volke den Weg gewiesen, um zur Gesundung zu gelangen. „In dem neuen Zeitalter“, sagt er in seinen Reden an die deutsche Nation, „soll die Liebe zum Guten schlechthin ohne Rücksicht auf den eignen Vorteil die Menschen bestimmen. Die gesellschaftliche Ordnung soll so eingerichtet werden, wie sie nach den Gesetzen der Vernunft beschaffen sein müßte. Im Volke, in der Nation soll sich das Etwige, das Göttliche darstellen.“ Diese Wendungen des großen philosophischen Denkers aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts in die Sprache unres politisch und wirtschaftlich weit realeren Zeitalters übertragen, weisen dem deutschen Volke den hohen Beruf zu, ein wahres Reich der Freiheit und des Rechts auszurichten, ein Reich, das gegründet ist auf Gleichheit alles dessen, was Menschenansehen trägt. Dieses Ziel ist niemals auf dem Wege irgendeiner Diktatur zu erreichen, sondern in freier Entscheidung muß das deutsche Volk am 19. Januar bekunden, daß es für die Durchleitung höherer Wirtschaftsformen reif ist.

Der auf jenes hohe Ziel gerichtete Wille des deutschen Volkes muß in dem Wahlergebnisse deutlich zum Ausdruck kommen. Dann erst kann sich der Sozialismus, der seinem innersten Wesen nach die bewußte Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinnütziger Arbeit darstellt, entfalten. Freilich wird der mit Hilfe des Sozialismus durchzuführende Selbstbefreiungsprozeß unres Volkes durch allerlei Nebenerscheinungen stark gehemmt. Es wird ein sehr beschwerlicher Aufstieg werden. Die Konkursverwaltung des alten Regimes, die Sozialdemokratie, sieht sich einem Trümmerfelde gegenüber. Das Wirtschaftsleben ist zerstört, und eine nie gekannte Unsicherheit lastet wie ein Alp auf allen geschäftlichen Unternehmungen. Der Mangel an Rohstoffen vermindert weiter die Arbeitsgelegenheit, und der Hunger macht die Menschen unzufrieden mit sich selbst und ungerecht gegen andre. Troßallem haben wir das Vertrauen zu dem gesunden Empfinden des weitaus größten Teils unres Kollegen, daß sie am Wahltag ihrem begreiflichen Anmut nicht an falscher Stelle die Zügel schießen lassen werden. Dazu steht für die Volksgemeinschaft zu viel auf dem Spiele.

Der Mangel an politischer Reife und Tatkraft besiegelte im Jahre 1848 das Geschick der ersten Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Die Folge davon war, daß die Reaktion unter dem damaligen „Ministerium der rettenden Tat“ rücksichtslos gegen jede freiheitliche Regung vorging. Sorgen wir durch unsern Stimmzettel mit dafür, daß der zweiten Nationalversammlung ein gleiches Schicksal erspart bleibt, indem wir uns am 19. Januar aus Überzeugung um das Banner des Sozialismus scharen unter der Parole:

Alles für das Volk, alles durch das Volk!

## Papiernot und Papierverfeuerung

### Die neue Einschränkung des Papierverbrauchs.

Die Verhältnisse auf dem Tageszeitungspapiermarkt werden unerträglich. Nachdem am 30. November 1918 vom Reichswirtschaftsrat eine neue Regelung des Papierverbrauchs verhängt wurde, nach der in der Hauptsache die einmal täglich erscheinenden Zeitungen einen wöchentlichen Umfang von 44 Seiten haben können, ist das Reichswirtschaftsrat mit seiner neuen Bekanntmachung vom 27. Dezember 1918 wieder zu dem alten System der prozentualen Verkürzung auf Grund des Verbrauchs von 1915 zurückgekehrt. Nur ist eine weitere größere Einschränkung der Tagespresse eingetreten. Die bisherige prozentuale Stelle nach der Flächengröße ist durchgängig um weitere 15 Proz. gekürzt worden. Eine Zeitung, die im Jahre 1915 mit täglich zwölf Seiten (Berliner Format, der Bogen 63 x 47 cm) herausgekommen ist, muß vom 1. Januar 1919 mit einer Verkürzung von etwa 30 Proz. rechnen, nämlich dem früheren prozentualen Stellenumfang von 18 Proz. und auf diese errechnete Menge noch 15 Proz. Bei größerem Zeitungsumfange, z. B. durchschnittlich 32 Seiten täglich, beträgt die Einschränkung 33 Proz. und auf diese Menge noch 15 Proz. Das sind etwa 43 Proz. Das ist nahezu die Hälfte des früheren Umfangs. Da es sich bei diesem Umfange meist um Anzeigenblätter handelt, so kommen die Verleger zwischen zwei Feuer. Die politische Lage verlangt ausreichende Behandlung, der Text kann nur wenig eingeschränkt werden, da legt sich die Einschränkung fast nur auf den Anzeigenteil, was zur Verminderung der Einnahmen führt. In einigen größeren Zeitungen werden die Anzeigen geradezu grotesk wirkend verkleinert.

Eine weitere Bestimmung besagt, daß den Verlegern und Druckern in den Monaten Januar, Februar und März nur je ein Drittel der zutreffenden Menge geliefert werden kann. Mit dieser Maßnahme wird die Bezugsschwierigkeit ganz bedeutend erhöht. Es soll jedenfalls damit erreicht werden, daß das Monatsquantum nur jeweils verdrückt und eine Verschiebung des Verbrauchs in den andern Monaten verhindert werden soll. Jedenfalls ist diese neue Beschränkung eine weitere Fessel der Verleger.

Auch den Verlegern von Zeitschriften, Büchern, Sammelwerken ist der Verbrauch um 15 Proz. eingeschränkt worden. Sie dürfen für das laufende Vierteljahr nur 60 Proz. derjenigen Papiermenge verbrauchen, die sie im Jahre 1916, auf die Monate berechnet, zur Herstellung ihrer Werke verwendet haben.

Wolffs Telegraphenbureau schreibt zu dieser neuen Verordnung: „Der Schrei nach Papier, der unter solchen Umständen besonders von einigen neuen neugegründeten Tageszeitungen erhoben wird, muß deshalb ohne Wirkung verhallen. Wenn das Berliner Organ der Spartakusgruppe aber beispielsweise trotzdem dieselbe Menge Papier wie andre Berliner Tageszeitungen verlangt, so würde das eine einfache Auflösung der ganzen bestehenden Ordnung in der Papierwirtschaft bedeuten und die wirtschaftliche Anarchie um ein weiteres Bild vermehren. Die nächste Folge würde die Stilllegung gerade der größten Zeitungsunternehmen sein und damit die Brotlosigkeit von Tausenden von Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben. Die Einschränkung des Druckpapierverbrauchs muß alle Zeitungen prozentual gleichmäßig treffen, wenn der Grundlag der Gerechtigkeit und das Bestreben nach Ordnung im Wirtschaftsleben nach Sinn und Verstand haben sollen. Das Reichswirtschaftsrat hat schon im Einvernehmen mit der Reichsregierung ein Übriges getan und die vielfachen Wünsche nach Neugründungen von ganz linksstehenden Presseorganen, wenn es nur irgendwie ging, Papier aufzutreiben, durch Papierbesetzung möglich gemacht. Sie hat die Berechtigung nicht verkannt, daß auch die am weitesten linksstehenden politischen Richtungen ihre Vertretung durch besondere Organe erhalten. Wenn aber nicht ein einfacher Raub und eine einfache Auflösung der bestehenden Papierbewirtschaftung eintreten sollen, so müssen die Forderungen nach einer vergrößerten Papierbesetzung dieser Organe und nach weiteren Neugründungen endlich aufhören. Die Wünsche der alten Presse, im besonderen der großen Anzeigenblätter, nach größeren Papierzuweisungen müßten ebenfalls rücksichtslos abgelehnt werden. Es gibt nur ein einziges Mittel, den angeblich großen Bedarf der Zeitungen der Spartakusgruppe zu befriedigen, ein Mittel, das die Spartakusleute selbst am ehesten durchführen können: Arbeitsfreudigkeit in der Kohlenproduktion und Unterfertigung der rubigen und ordnungsmäßigen Abwicklung des Verkehrs. Wenn die Spartakusleute weiterhin die wilden Streiks in den Kohlenbezirken fördern und die Arbeitsfreudigkeit überall untergraben, so werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn in ganz absehbarer Zeit noch weniger Druckpapier vorhanden ist als jetzt.“

Je weniger Papier, je höher die Preise. Das Tageszeitungspapier kostete Ende 1917 noch 49 Pf., das Kilogramm (Friedenspreis 21 — 22 Pf.), im April/Juni 1918 schon 54 Pf., liegt dann auf 61,5 Pf. und steht heute auf 63,5 Pf., das Kilogramm. Dasselbe Papier für Zeitschriften hatte einen noch höheren Preis; erst kostete das Kilogramm 72 Pf., dann 90 und heute 100 Pf. Es sind das die Preise für Rollenpapier; Flachdruckpapiere sind eine Kleinigkeit höher. Der gewöhnliche Zeitungsdruck im Format 63 x 94 cm kostete das Laufend im Jahre 1914 etwa 7,50, heute etwa 40 Mk. Das ist eine ganz gewaltige Steigerung. Und so ist's heute mit allen Papieren. Wohin das führt kann man leicht ersehen:

Einschränkung des Bedarfs, Lohmlegung der Produktion und — Arbeitslosigkeit. Ruhe im Lande, Schaffung der notwendigsten Kohlen tun uns also dringend not, soll die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe wieder verbessert werden.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Duisburg.** Am 29. Dezember veranstaltete unser Ortsverein eine Weihnachtsfeier, verbunden mit Ehrung unsrer Jubilare. Der geräumige Saal war dicht besetzt. Im Laufe des Abends überreichte Kollege Panhey mit einer ehrenvollen Ansprache den Verbandsjubilaren ein kunstvoll ausgeführtes Diplom. Das goldene Jubiläum feierte Kollege Königshausen, der aber leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert war. Ihr fünfundsiebzigjähriges Verbandsjubiläum beging die Kollegen Rasch, Schmidt, Stellenbach und Köhler. Zum Gelingen des Abends trug die Frau unsres Kollegen Gürb durch einige herrliche Niederenden bei. Den Schluß bildete eine kleine Verlosung, und nach langer Zeit wurde mal wieder das Tangbinn geschwungen.

**Duisburg.** Aus Anlaß des Beschlusses über die neuen Teuerungszulagen berief der Vorstand unsres Ortsvereins zum Neujahrsmorgen eine Mitgliederversammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Eingangs gedachte Vorsitzender Panhey der beiden, hoffentlich letzten Kriegsjahre, der Kollegen Fuhrmann und Specht. Vier Kollegen wurden dem Gausvorstande zur Aufnahme empfohlen. Sodann berichtete der Vorsitzende an Hand der Bekanntmachung des Tarifauschusses über die Verhandlungen bezüglich der Erhöhung der Teuerungszulage und bemerkte, daß die Erhöhung eine dringende Notwendigkeit wäre. Galt kein Beruf habe sich während der ganzen Kriegszeit mit so niedrigen Löhnen begnügen müssen, wie die Buchdrucker. Mit der Aufforderung, reiflich die Beschlüsse, die die gesetzliche Genehmigung erlangt hätten, durchzuführen, schloß der Vorsitzende. Maßloses Erkennen rief die Auehrung des Prinzipalsvorsitzenden des Kreises II hervor, die Gehilfen dieses Kreises seien mit den augenblicklichen Löhnen zufrieden. Die Debatte ergab den einmütigen Willen, die Erhöhung der Teuerungszulage mit allen gegebenen Mitteln durchzuführen. Der folgende Punkt betraf die Vorstandswahl. Kollege Panhey hatte während der vier Kriegsjahre an Stelle des ins Feld gerichteten Kollegen Palehki die Geschäfte des ersten Vorsitzenden geführt. Auf Vorschlag des Kollegen Panhey wurde dann Kollege Palehki einstimmig in sein altes Amt eingeweiht. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder vollzog sich glatt. Kollege Palehki regte noch an, endlich einmal einen Vorstoß gegen die Feststellung der Morgenzeitungen bzw. gegen die Nacharbeit zu unternehmen. Aus gesundheitlichen Gründen sei die Nacharbeit durchaus zu verwerfen. Während andre Gewerbe die Nacharbeit abgehehrt hätten, würde sie in unserm Beruf immer mehr eingeführt. Dem Vorstände wurde anheimgegeben, die nötigen Schritte einzuleiten.

**Güterloh.** Nach vier Kriegsjahren sah unsre Versammlung in Ortsvereine Mitte Dezember wieder alte liebe Kollegen besinnen, die vom Vorsitzenden Witte mit warmen Worten begrüßt wurden. Vor dem Siege hatte unser Ortsverein 22 Mitglieder; in den vier Jahren sind 8 Kollegen zugereist und 7 Ausgetretene wurden in den Verband aufgenommen. Von diesen Kollegen wurden 28 zum Seeresdienst eingezogen, so daß unser Ortsverein zeitweilig nur aus 5—6 Mitgliedern bestand. Auf dem Felde der Ehre geblieben sind 7 Kollegen, davon 4 Verheiratete. Das Andenken dieser lieben Kollegen ehre die Versammlung in üblicher Weise. Es wurde auch beschlossen, im Beiratszimmer eine Gedenktafel der gefallenen Kollegen anzubringen. — Die Versammlung am 4. Januar, wozu auch Kollege Ernst vom Bezirksvorstand aus Bielefeld erschienen war, konnte sechs Neuaufnahmen dem Gausvorstand empfehlen, darunter vier, die bisher unsrer Organisation noch fern standen und erst jetzt zu der Einsicht gekommen sind, wie notwendig der Zusammenschluß ist. Der Vorstand wurde fast ganz durch Zurückwidergewählt. Interessante Aufschlüsse über die gegenwärtige Teuerung gab die von einem Kollegen ausgesüllte Haushaltungskassette. Dieselbe gab die Einnahme und Ausgabe einer vierköpfigen Familie in der Zeit vom 29. September bis 30. November 1918 wieder. Die Einnahmen betragen einschließlich eines Verdienstes der Ehefrau 568 Mk., die Ausgaben 652,28 Mk.; auf die acht Wochen verteilt ergab sich ein wöchentlicher Gebühbetrag von 7,14 Mk. Wenn auch seit 1. Dezember eine weitere Teuerungszulage von 3 Mk. gezahlt wird, so reicht es doch nicht, um das Manko zu decken. Diese Tatsache erhellt auch klar, daß die Gehilfenschaft mit einer neuen Teuerungszulage nicht bis zum Frühjahr verfristet werden kann, sondern die bekanntgegebene Erhöhung zum 1. Januar als Existenzminimum gebraucht. Kollege Ernst erörterte dann noch einige tarifliche Fragen, und zur technischen Fortbildung der Kollegen wurde der Anschluß an die Typographische Vereinigung beschlossen. Den Kollegen, die sich noch in Gefangenschaft oder im Lazarett befinden, ist eine kleine Weihnachtsgabe gelangt worden.

**-ch. Hannover.** In unsrer am 29. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung, welche sich wieder eines sehr zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte, an der auch die Bezirksvorsitzer des Gauces teilnahmen und die von der Niederlatel „Typographia“ mit einem stimmungsvollen Lied eingeleitet wurde, erstattete unser Gehilfenkreisvertreter Rosenbruch Bericht über die letzte Tarifausstellung. Redner schilderte zuerst die Schwierigkeiten, welche

dem Zusammentritt der Sitzung von Seiten der Prinzipalsmitglieder bereitet worden sind. Zum Schluß seiner längeren Ausführungen entrollte der Redner ein Bild unsrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie diese durch den Zusammenbruch und die harten Waffentillandsbedingungen entstanden seien, in sehr trüben Farben, besonders auch auf unsre so schlecht stehende Valuta hinweisend. Die Ansprache gestaltete sich ziemlich lebhaft, wobei den Kollegen Hoffnung auf die Zukunft durch unsre errungenen freiheldlichen Gestaltungen gemacht wurde; man solle nur erst die Nationalversammlung abwarten, dann werde schon wieder Frieden, Ruhe und Ordnung eintreten. Einige Mitglieder fanden es eigenartig, daß man bei der neulichen Teuerungszulage einen Unterschied zwischen Sand- und Maschinenlehren mache, betonend, daß ein Sandleher oder Drucker seine notwendigen Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel ebenso teuer bezahlen müsse als ein Maschinenleher. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehre die Verammlung noch das Andenken an zwei verstorbene Kollegen. Zum Schluß der Versammlung sang die „Typographia“ noch ein pachtendes Lied.

**Stargard i. Pom.** Nachdem unsre seldgrauen Kollegen sich alle eingeladen hatten, fand am 4. Januar die diesjährige Hauptversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Vor Eintritt in die reichhaltige Tagesordnung begrüßte Vorsitzender Fleck die Heimgeliebten und arbeitslosen Kollegen und ließ sie herzlich willkommen. Nach einem Rückblick auf die Galt bei Dank hinter uns liegenden Kriegsjahre seitens des Vorsitzenden und Erstattung des Jahres- und Kassenberichts wurde über die Teuerungszulage vom 1. Januar d. J. debattiert und diese als dringend notwendig begrüßt. Einen weiteren Fortschritt im gewerkschaftlichen Leben bedeutet für uns der Anschluß an das hiesige Gewerkschaftskartell. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Fleck, Krieger sen. und Barz gewählt. Beschlüssen wurde dann noch, den Ortsbeitrag auf 20 Pf. zu erhöhen und Mitglied der Typographischen Vereinigung zu werden. Eine Bezirksversammlung soll in nächster Zeit einberufen werden und über die Tarifverhältnisse mehr Klarheit bringen. Mit einem Appell an die Mitglieder, in dieser schweren Übergangszeit die Fahne des Verbandes hoch zu halten, schloß der Vorsitzende die vollzählige besuchte und einträchtig verlaufene Versammlung.

**Stuttgar.** Die am 28. Dezember im „Oberem Museum“ abgehaltene Mitgliederversammlung war außerordentlich zahlreich besucht; mancher Kollege mußte sich mit einem Stehplatze begnügen. Die Ortsvereine Eßlingen, Feuerbach, Gmünd, Göttingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Oberndorf, Pforzheim, Ulm hatten Delegationen entsandt, ebenso waren Vertreter von Freiburg und Karlsruhe anwesend. In den einleitenden Worten gab zweiter Vorsitzender Schröter seiner Freude Ausdruck über das Ende des Völkermordens. Wenn ein Verständigungsriede nicht zustande käme, wie wir ihn gewünscht hätten, so sei daran nicht die Arbeiterkassat Deutschlands schuld, sondern die skrupellosen Kriegsheer in den einflussreichen Stellen des vom Volksgorne hinweggelegten autokratischen Staates. Mit Wehmuth gedachte er der vielen braven Kollegen, die auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen mußten. Herzliche Worte der Begrüßung richtete er an die vom Felde zurückgekehrten Kollegen, den Wunsch daran knüpfend, daß sie in altemährter Pflichttreue ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen möchten. Die schwere Zeit des Krieges habe unser Verband wohl überstanden, aber noch schwerere stände ihm bevor. Ohne Auerhebung könne festgestellt werden, daß die Worte Solidarität und Solidarisät kein leerer Schall bei uns waren, denn über 200000 Mk. habe der Gau an außerordentlichen Unterstühtungen an die Familien der Ausmarschirten vorausgab. Aber auch für die Dabeimgeliebenen sei der wirtschaftliche Kampf heiz leichter gewesen. Bei der Sinauerigkeit unsrer Prinzipale war es schwer, diejenige materielle Besserstellung der Kollegen herbeizuführen, die mit den Teuerungsverhältnissen in Einklang steht. Des weiteren erwähnte der Vorsitzende die staatliche Umwälzung in unserm Vaterland. Er forderte die Kollegen auf, kräftig mitzuarbeiten an dem Aufbau des jungen Volksstaates. Es gelte zu reisen was zu retten sei aus dem Trümmerhaufen, den uns das alte Regime als Erbe hinterlassen habe. Besonders für die bestehenden Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung müsse ein jeder Kollege Agitator sein. Hieraus gab Kollege Klein in etwa anderthalbhündigen Ausführungen ein klares Bild von den in der Gausvorsteherkonferenz, im Buchdruckeramt und im Tarifauschusse gepflogenen Verhandlungen, zugleich die Verordnungen des württembergischen Arbeitsministeriums in bezug auf Verdienstausschlag bei behördlicher Verhinderung der Arbeitszeit mit behandelnd. Einleitend schilderte er den Werdegang unsrer Teuerungszulagen und be sprach dann die Schwierigkeiten, die den diesmaligen Forderungen der Gehilfen um materielle Besserstellung von Seiten des Deutschen Buchdruckervereins im Buchdruckeramt und im Tarifauschusse entgegenstell wurden. Lebhaft bedauerte der Redner, daß die Buchdrucker zum erstenmal gezwungen gewesen sind, ihre gewerkschaftlichen Angelegenheiten vor dem Forum der Staatsbehörden zu regeln. Dies sei insbesondere durch die Obstruktion des Deutschen Buchdruckervereins verschuldet. Die Gehilfenschaft habe das christliche Bestreben gezeigt, ein Verbandsamt unter normalen Verhältnissen zu ermöglichen. Die Prinzipalität glaubte, indem sie den Tarifauschusse durch Fernbleiben ihrer Vertreter aktionsunfähig machte, einen faktischen Zug zu machen. Der Schluß ist aber nach hinten gegangen. In den vielen Jahren der Tarifgemeinschafft hätten die Gehilfenvertreter es öfter wie einmal lieber gesehen, den Tarifauschusse wäre nicht be-

schlußfähig gewesen. Sie haben aber alle krummen Wege verschmäht, die Beschlüsse des Tarifauschusses vor ihren Mandatgebern gedacht, auch wenn sie nicht mit „Söldnanna“ empfangen wurden. Von dem Rechte der Diskussion wurde ausgiebiger Gebrauch gemacht. Wenn auch diesmal die gemachten Zugeständnisse halbwegs befriedigen, so müsse immer wieder betont werden, daß eine solche Bezahlung schon vor Jahren hätte erfolgen sollen. Wir Buchdrucker seien allen Gewerben, auch den nicht kriegswichtigen, in bezug auf Bezahlung hintennachgeblieben. Beschämend klein sind die Teuerungszulagen gewesen, die uns die Prinzipalität besonders in den Jahren 1916 und 1917 gewährten. Neben den Gehilfenvertretern seien aber auch die Gehilfen schuld, welche es an dem nötigen Selbstbewußtsein fehlen ließen. Die Gehilfenschaft lehne sich nach normalen Verhältnissen; solange natürlich eine solch horrende Teuerung aller Lebensbedürfnisse bestesse, könne an einen Abbau der Löhne nicht gedacht werden. Es sei selbst bei verkürzter Arbeitszeit unmöglich, auch nur einen Pfennig zu entbehren. Scharf kritisierte man das Verhalten der Prinzipale wegen der einseitigen Maßnahmen, die kurz vor Weihnachten in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn getroffen wurden. Zu derartig einschneidenden Fragen gehöre es sich, daß man vorher die berufenen Vertreter der Gehilfen davon verständige. In der Ferienfrage dürfe ein Unterschied zwischen technischen und geistlichen Arbeitern nicht gemacht werden. Mehr denn je sei es notwendig, daß sich jeder Kollege nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiere. In seinem kurzen Schlussworte konnte Kollege Klein auf alle die in der Debatte aufgeworfenen Fragen eingehen. Ganz besonders betonte er, daß nur durch tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen die Organisation ihren Aufgaben gerecht werden könne. Den auswärtigen Kollegen, die zur Entgegennahme des Berichts und nachherigen Berichterstattung in ihren Mitgliederschaften delegiert waren, glückliche Heimkehr wünschend, schloß der Vorsitzende die implane Versammlung mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Lohnaufbesserung überall reiflos eingeführt werde.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Firma Albers (Soenigs Kurzbuch) in Guben hat wieder am Weihnachtsabend dem Geher- und Druckerpersonal eine wöchentliche Teuerungszulage ausgezahlt. — In Esslingen bewilligte die Firma Wilhelm Langguth ihrem Personal eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 50 und 30 Mk.; die Firma F. & W. Mayer zahlte ihren Gehilfen eine einmalige Unterstühtung von 30 Mk. aus.

**Buchdrucker im Gerichtsdienst.** In Leipzig wurden für das Jahr 1919 ausgewählt: a) zu Gehilfen: die Kollegen Ernst Becher, Paul Dittmar, Karl Engelbrecht, Rudolf Führer, Otto Mplau und Otto Polender; b) zu Hauptkassäten: Richard Altmuth, Otto Döberenz, Hermann Eberhardt, Emil Hallupp, Leopold Hesselbarth, Richard Kaiser, Johannes Kieh, Willi Krahl, Georg Krieschmar, August Krühl, Felix Niedeberger, Karl Römer, Karl Seidel, Joh. Trube, Carl Zeitig, Georg Garbe und Paul Steinede; c) zum Hilfskassäten: Fritz Krieschmar. — In Neuwied als Schöffe: Karl Barck. — In Chemnitz zu Hauptkassäten: Karl Baum und Paul Wangelin. — In Tchebo als Schöffe: S. Lühler. — In Verden (Aller) als Schöffe: Albert Zahl. — In Borna bei Leipzig als Schöffe: Robert Immerthal. — In Ratibor (O.S.) als Schöffen: Robert Köster und Joseph Badura.

Zur Situation in den Berliner Druckereten. Die Reichsdruckerei ist von den Regierungstruppen zurückerober worden. Erstrecklicherweise wird berichtet, daß die Einnahme vollkommen unblutig erfolgte. Am 10. d. M. ist der Betrieb voll und ganz wieder aufgenommen worden. Es wird betont, daß vom Staatseigentum durch die Besetzung nichts entwendet wurde; lediglich einige kleinere Diebstähle an dem Eigentum der Beamten sind vorgekommen, die den Betrag von insgesamt 100 Mk. kaum überlegen dürften. Betreffs der Firmen Wulstein, Mofse und Scherl erfahren wir, daß die Angestellten und Gehilfen in einer großen Versammlung beschlossen haben, den Betrieb der bei den genannten Firmen erscheinenden Zeitungen unter keinen Umständen wieder aufzunehmen, solange diese unter der Herrschaft der Spartalshelute stehen.

**75 Jahre „Stuttgarter Neues Tagblatt“.** Am 24. Dezember 1918 konnte das „Stuttgarter Neue Tagblatt“, die größte Zeitung Württembergs, auf ihr 75jähriges Bestehen zurückblicken. Aus kleinen Anfängen hat sich das Blatt durch das zielbewusste Streben seiner jeweiligen geschäftlichen und redaktionellen Leitung zu einer der angesehensten Zeitungen Deutschlands herausgearbeitet. Insbesondere im letzten Jahrzehnt, das unter der Führung von Direktor Carl Ester stand, hat es sich zu einer einflussreichen Zeitung ausgebildet, die heute bei 13maligem Erscheinen in der Woche über eine feste Bezieherzahl von über 100000 verfügt. Der Schriftleitung des „Stuttgarter Neuen Tagblatts“ gehören zehn Redakteure an. Der Betrieb verfügt über eine 64seitige und zwei 16seitige Rotationsmaschinen, zu denen in einigen Monaten eine weitere 64seitige hinzukommt. An Linotypsetzmaschinen, vom Eindecker bis zum Vierdecker, sind neun vorhanden. Die Stereotypen wird demnach mit zwei Plattenlegmaschinen „Autoplate junior“ ausgestattet sein, von denen die erste in Deutschland aufgestellte vor mehreren Jahren in den Tagblattbetrieb kam. Die Betriebsführung erfolgt durch annähernd 50 Elektromotoren mit rund 200 Pferdestärken, während eine 60pferdige Seildampfmachine nebst Dynamoanlage zur eignen Er-

